

In der Bürokratie-Falle

Mittelständler würden neue Stellen schaffen, doch Formulare und Gesetze behindern sie

von Anette Sydow

Frankfurt/Main - Wenn im Unternehmen von Sieglind Wanschka ein neues Gesicht auftaucht, dann kommt der dazugehörige Mitarbeiter von einer Zeitarbeitsfirma. "Ich würde die Leute ja lieber fest anstellen, aber ich kann es mir nicht leisten", sagt die Geschäftsführerin der Elektronik Gerätebau GmbH im bayerischen Tiefenbach. Das Unternehmen stellt Meß- und Prüfsysteme für Industrieanlagen her. Schuld sei der Kündigungsschutz - und damit das Risiko, dem Festangestellten trotz Auftragsflaute nicht kündigen zu können und ihn weiter bezahlen zu müssen. "Für ein Unternehmen, das so klein ist wie meines, kann das existenzbedrohend sein."

Auch Manfred Zellmann fühlt sich durch die Bürokratie ausgebremst. Mehr als 150 Mitarbeiter arbeiten in seinen Autohäusern rund um Berlin. Aber nicht mehr lange - Zellmann will in diesem Jahr mindestens jede zehnte Stelle in seinem Unternehmen streichen. Der Grund: Es gebe zu viel Bürokratie in Deutschland, schimpft der Unternehmer. "Es macht einfach keinen Spaß mehr."

Im deutschen Mittelstand stehen die Zeichen auf Sturm: Im laufenden Jahr will die Mehrzahl der Unternehmer Stellen abbauen und die Arbeitszeit verlängern, statt neue Mitarbeiter einzustellen. Das geht aus einer Studie der Union Mittelständischer Unternehmen (UMU) hervor. Kündigungsschutz, unflexible Behörden, Statistikpflichten. Auf die Rahmenbedingungen in der deutschen Wirtschaft ist einfach kein Verlaß, sagt auch Unternehmer Horst Schlechter. Sein Unternehmen, die Kölner Telonic GmbH, installiert und wartet Computersysteme. Rund 80 Mitarbeiter arbeiten in seiner Firma. "Wir haben nur die absolut notwendige Zahl an Angestellten", sagt Schlechter. Durch den restriktiven Kündigungsschutz werden Mitarbeiter zum Risiko. "Wenn man den Falschen einstellt, der die Arbeit nicht gut erledigt, wird man ihn lange nicht mehr los."

Doch nicht nur der Kündigungsschutz bremst nach Ansicht vieler Unternehmer den Arbeitsmarkt. Das Betriebsverfassungsgesetz tue sein übriges, um Neugründungen oder Expansionen zu verhindern. Vor kurzem ist in der Nachbarschaft von Telonic eine Firma für Facility-Management eingezogen, erzählt Schlechter. Der Chef ist ein Existenzgründer. "Dem habe ich erst mal eine Übersicht über die gesetzlichen Bestimmungen gezeigt. Ab fünf Mitarbeitern darf ein Betriebsrat gegründet werden, ab 50 Mitarbeitern muß man jemanden freistellen. Da ist mein Nachbar erst mal blaß geworden." Das Institut der Deutschen Wirtschaft hat ausgerechnet, daß jedes Betriebsratsmitglied ein Unternehmen im Schnitt 29 182 Euro pro Jahr kostet.

Der Berliner Schokoladenhersteller Rausch will dagegen in diesem und dem nächsten Jahr seine Belegschaft von 120 auf 160 aufstocken - trotz aller bürokratischen Hindernisse, wie Unternehmenschef Jürgen Rausch sagt. Besonders die im Betriebsverfassungsgesetz festgeschriebene Pflicht, neue Stellen zunächst intern ausschreiben und dann die Zustimmung des Betriebsrates für einen Kandidaten einzuholen zu müssen, greife in die unternehmerische Freiheit ein. "Da überlegt man sich mehrfach, ob man sich das antut", sagt Rausch. Beim Schokoladenhersteller hat die Belegschaft auf einen Betriebsrat verzichtet. Das erleichtert vieles - unter anderem auch Bonuszahlungen an Mitarbeiter, die sonst von der Mitarbeitervertretung genehmigt werden müßten.

Auch Sieglind Wanschka bekommt die Härten des Betriebsverfassungsgesetzes zu spüren: Neben den rund zehn festangestellten Technikern arbeitet im Unternehmen auch eine festangestellte Putzfrau - jedenfalls theoretisch. Denn die Putzfrau ist zurzeit in der Babypause. Wanschka ist gesetzlich verpflichtet, ihr drei Jahre lang die Stelle freizuhalten. "Ich habe in der Zwischenzeit eine Reinigungsfirma beauftragt - ich durfte die Stelle ja nicht neu besetzen."

Doch nicht nur die Verwaltung, auch die Vermittlung von Arbeitskräften werde immer bürokratischer, berichtet Horst Schlechter. Früher seien pragmatische Absprachen zwischen Arbeitsamt und Unternehmer möglich gewesen. In einem Fall bekam ein Langzeitarbeitsloser vom Arbeitsamt seinen Führerschein bezahlt und konnte so bei Telonic anfangen. Verbucht wurde die Fahrschule unter "Fortbildung". Heute, in Zeiten der Bundesagentur für Arbeit, ginge das nicht mehr.

Gerd Pieper, Inhaber einer Parfümeriekette mit Sitz in Herne, fühlt sich dagegen vor allem vom Papierwust ausgebremst, den eine Neueinstellung mit sich bringt. Dies zeige sich schon bei Aushilfen, die im Weihnachtsgeschäft Parfüm in Geschenkpapier wickeln. "Früher bekam die Packhilfe am Ende des Tages ihr Geld, es wurde eine Quittung geschrieben, fertig. Heute muß ich für jede Packhilfe eine Akte anlegen, auch wenn sie nur einen Tag da ist." Wie Pieper fühlen sich viele Mittelständler unter stetig wachsenden Aktenbergen erdrückt. Für das Ausfüllen von

Formularen, Arbeitsschutzaufgaben oder Abfallbilanzen, geben deutsche Unternehmen laut dem Bonner Institut für Mittelstandsforschung jedes Jahr 46 Mrd. Euro aus.

Nun kommt auf den deutschen Mittelstand noch eine weitere Jobbremse zu, sagt Parfümerie-Inhaber Pieper: Das Antidiskriminierungsgesetz. "Wir reden dauernd vom Bürokratieabbau, aber in Wirklichkeit bekommen wir immer mehr aufgebürdet", sagt der Chef von rund 1000 Mitarbeitern. Eigentlich will Pieper in diesem Jahr 30 bis 40 neue Auszubildende einstellen. "Ich werde allerdings vorher genau prüfen, ob das neue Gesetz mich dabei einschränkt." Pieper ist gleichzeitig Präsident der Industrie- und Handelskammer (IHK) Bochum. Auf einer Mitgliederversammlung sei über das Antidiskriminierungsgesetz diskutiert worden, erzählt er. "Da hat einer dazwischengerufen: Da ist es ja besser, gar nicht erst einzustellen!"

Vor dem Antidiskriminierungsgesetz graust es auch Jürgen Leschkowitz und Wolfgang Jacobi. Eine tödliche Bedrohung für viele mittelständische Unternehmer sei das Gesetz, sagt Leschkowitz, Geschäftsführer der Specht Container GmbH & Co. KG im brandenburgischen Dahlewitz. "Drei oder vier solcher Klagen, dann ist ein kleines Unternehmen erledigt." Offene Stellen will er nicht mehr beim Arbeitsamt angeben oder in der Zeitung annoncieren, sondern nur noch per Mundpropaganda suchen. Auch Wolfgang Jacobi, Chef der ODU Steckverbindingssysteme im bayerischen Mühldorf am Inn befürchtet, daß er mit dem neuen Gesetz Einstellungsgespräche nur noch mit einem Juristen am Tisch führen kann. "Als Unternehmer hat man das Gefühl, man kann sich nicht mehr rühren", sagt der 62jährige. *Mitarbeit: sl*

Artikel erschienen am Mo, 21. März 2005

[Artikel drucken](#)

© WELT.de 1995 - 2005